

Europa zwischen Markt und Sozialstaat

Martin Behrens
Simone Leiber

Europa ist zu wichtig, um es zu ignorieren. Immer weniger wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Entscheidungen werden allein auf nationaler Ebene getroffen. Die Konsequenzen dieser Entwicklung für ArbeitnehmerInnen sind alles andere als klar. Auf der einen Seite wird mit dem normativen Leitbild des „Europäischen Sozialmodells“ die Hoffnung verknüpft, im zunehmenden globalen Wettbewerb gerade jene sozial regulierte Variante des Kapitalismus aufrechtzuerhalten, die auf einem (relativ) hohen Maß an sozialer Gerechtigkeit sowie umfassender Teilhabe in Betrieb und Gesellschaft beruht. Auf der anderen Seite sind Ängste virulent, dass „das Soziale“ in der EU abhanden kommen könnte. Dies zeigt das Scheitern der Verfassungsreferenden in den Niederlanden und vor allem in Frankreich.

Wohin die Reise möglicherweise gehen könnte, veranschaulicht die Prognose „Four Futures of Europe“, die vom niederländischen Planungsbüro (Centraal Planbureau, CPB) ausgearbeitet wurde. Sie skizziert vier Entwicklungsszenarien, die aus der Sicht der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretung unterschiedlicher kaum sein könnten: In der Variante eines „starken Europa“ zeichnen die niederländischen Chefplaner ein Modell der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Hier werden eine umfassende Reform der Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene sowie die Stabilisierung der Sozialsysteme durch behutsame Reformschritte anvisiert. Die Nationalstaaten sind bereit und in der Lage, Kompetenzen an die EU abzugeben und sie beseitigen Barrieren für die Arbeitskräftemigration. Der europäische Integrationsprozess vollzieht sich auf dem Wege des „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, wobei allerdings die langsamere „Nachhut“ in die Lage versetzt wird, zu den Pionieren aufzuschließen. Unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeiten ergeben sich auch im zweiten Modell der „regionalen Gemeinschaften“. Allerdings verfestigen sich in dieser Variante die Unterschiede zwischen den Ländern, die eine weitreichende Integration forcieren, und jenen, die das Tempo gedrosselt haben. In diesem Modell scheitern Wohlfahrtsstaatsreformen, und auch die Stärkung der EU als Institution bleibt auf der Strecke. Letztlich beschränkt sich die Integration auf das „Kerneuropa“, das starke Tendenzen zur Abschottung gegen Arbeitskräftemigration aufweist. Mit der „globalisierten Wirtschaft“ und der „transatlantischen Variante“ werden zwei weitere Modelle beschrieben, die beide eine verstärkte Marktöffnung gemein haben. Die wohl radikalste Öffnung findet sich bei der „globalisierten Wirtschaft“, in der sich Europa letztlich als Deregulierungsgemeinschaft neu erfindet. Politische Integration steht nicht mehr auf der Tagesordnung, stattdessen wird alle Aufmerksamkeit auf das störungsfreie Funktionieren des Binnenmarktes gelegt. Hier unterwerfen die Mitgliedsstaaten ihre Institutionen vorwiegend dem Regime privater Initiativen sowie marktbasierter Lösungen. Staatlichkeit beschränkt sich auf Restformen der Bereitstellung öffentlicher Güter sowie auf die Gewährleistung von Eigentumsrechten. Regeln

für die Migration werden marktabhängig gestaltet und bevorzugt zumeist hoch qualifizierte Arbeitskräfte.

Im Vergleich hierzu stellt die „transatlantische Variante“ den Fall einer unvollständigen und somit gescheiterten Marktöffnung dar. Sozialstaatsreformen bleiben auf halbem Wege stecken – so die Erwartungen der niederländischen Planer –, weil ältere Bevölkerungsteile die politischen Schaltzentralen dominieren. Mehrheiten für eine Reform der europäischen Entscheidungsprozeduren und die Institutionen, auf denen diese basieren, ergeben sich nicht. Prozesse der Marktöffnung erfolgen ungesteuert, sodass sich am Ende Machtungleichgewichte, fehlende Transparenz und Marktzugangsbarrieren ergeben. Ökonomisch orientiert die EU auf den Ausbau der transatlantischen Beziehungen.

Welches der vier Szenarien sich letztendlich durchsetzt, hängt weitestgehend vom Ausgang politischer Auseinandersetzungen in der EU selbst, aber auch in ihren Mitgliedsstaaten ab. Vieles deutet darauf hin, dass diese Auseinandersetzungen bereits begonnen haben. Nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages steht die EU jedenfalls vor entscheidenden Weichenstellungen, vor allem was die soziale Dimension betrifft. Dies hat uns veranlasst, in diesem Heft eine Bestandsaufnahme des bisher Erreichten vorzunehmen. Die Beiträge beleuchten die soziale Dimension Europas aus einer „inhaltlichen“ Sicht substanzieller Rechte und Sozialschutzstandards wie auch aus einer „prozeduralen“ Perspektive der Einbindung der ArbeitnehmerInnen und ihrer Vertreter in betriebliche und politische Entscheidungsprozesse. Dabei wird deutlich, dass sich der Integrationspfad in den einzelnen Politikfeldern höchst unterschiedlich vollzieht. Entstanden ist ein hoch differenziertes Instrumentarium, das ArbeitnehmerInnenrechte punktuell durchaus substanziell stärkt. Die im „komplexen Mehrebenensystem“ der EU angelegte Asymmetrie zwischen Markt und Sozialstaat – zuungunsten des Sozialstaates – konnte bislang jedoch nicht ausgeglichen werden.

Martin Behrens, Dr. (USA), Wissenschaftler im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung.

e-mail: martin-behrens@boeckler.de

Simone Leiber, Dr., Wissenschaftlerin im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung.

e-mail: simone-leiber@boeckler.de

Wir danken herzlich Imke Pente, die während ihres Praktikums am WSI die Koordination dieses Heftes tatkräftig und kompetent unterstützt hat.